

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche
am 09.06.2016

Tagungsort: Kleine Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 20:00 Uhr bis 20:08 Uhr
Ende: 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Detlef Knabe Bezirksbürgermeister (BBM),
Ratsmitglied

CDU

Herr Michael Ulrich Krüger Vorsitzender
Herr Stefan Röwekamp
Herr Steve Wasyliw
Herr Michael Weber Ratsmitglied

SPD

Frau Susanne Kleinekathöfer Vorsitzende
Frau Heike Peppmüller-Hilker
Herr Dirk Rickmann
Herr Hartmut Sielemann
Frau Graciela Toledo Gonzalez

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stephan Godejohann Vorsitzender
Frau Sandra Menke
Frau Renate Niederbudde
Herr Prof. Dr. Georg-Martin Sauer stellvertretender BBM

BfB

Frau Renate Dederling

Die Linke

Frau Inge Bernert Vorsitzende
Herr Dr. Hartwig Hawerkamp

Von der Verwaltung

Frau Berndt-Schmidt	Hamfeldschule	zu TOP 11
Frau Bueren	Büro für integrierte Sozialplanung u. Prävention	zu TOP 12
Frau Duffert	Amt für Jugend u. Familie	zu TOP 10
Frau Geppert	Bauamt	zu TOP 6, 7, 15 und 21
Frau Korthase	Amt für Verkehr	zu TOP 8

Herr Jücker	ISB	zu TOP 15
Herr Müller	Amt für Schule	zu TOP 11
Herr Spree	Amt für Verkehr	zu TOP 9
Herr Hansen	Bezirksamt Jöllenbeck	
Herr Kassner	Bezirksamt Jöllenbeck - Schriftführer -	

Vom Architekturbüro „Enderweit + Partner GmbH“, Mühlenstr. 31, 33607 Bldf.
Herr Winkler zu TOP 7

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Knabe eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung hierzu, sowie die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung fest.

Zur Tagesordnung teilt er mit, dass über den **Antrag zu TOP 5.1 im Rahmen der Beschlussfassung des heutigen TOP 10** entschieden werden soll.

Der verspätet eingereichte Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache 3325/2014-2020) wurde als **Tischvorlage** verteilt und soll in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgenommen werden.

Die Bezirksvertretung erklärt sich einverstanden.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - Vor Eintritt in die Tagesordnung *

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche

1.1 Herr Dieter Springer, Heidegärten 28, 33611 Bielefeld, äußert sich zur Nutzungsmöglichkeit des Erdgeschosses des ehemaligen Kleinbahnhofs Schildesche als Gemeinschaftshaus für örtliche Vereine. Ein konkretes Nutzungsinteresse konnte nicht angezeigt werden weil die Vereine darüber nicht informiert wurden. Zudem ist dies auch zum heutigen Zeitpunkt ohne Finanzierungsplan des ISB und die Angabe der zu legenden Mietkosten nicht möglich. Er fragt deshalb nach der weiteren Vorgehensweise.

Herr Bezirksbürgermeister Knabe teilt mit, dass die Thematik im Rahmen des heutigen TOP 15 unter Beteiligung des ISB behandelt wird.

Die Fragen zu seiner Person und Funktion sowie die Fragen von Herrn und Frau Kuhlmann zur bisherigen Beteiligung von Vereinen und zur Bürgerinformationsveranstaltung werden von Herrn Bezirksbürgermeister Knabe direkt beantwortet.

Herr Hansen nimmt zu den Fragen zur Niederschrift Stellung.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 1.1 *

1.2 Herr Heinrich Feldmann, Beckhausstraße 234, 33611 Bielefeld, fragt ob Wasserproben vor einer Bebauung des Marktplatzes an der „Beckhausstraße“ genommen werden, da in der Vergangenheit Probleme in der Nachbarschaft zu verzeichnen waren.

Zur „Beckhausstraße“ fragt er angesichts der Verkehrsprobleme, die durch die Baumaßnahme an der „Engersche Straße“ (Fernwärme) verstärkt werden, an ob bei einer Sperrung eine einspurige Verkehrsführung möglich ist.

Hinsichtlich der beabsichtigten Kennzeichnung der Radwege rät er dazu, diese erst nach erfolgter Sanierung der „Beckhausstraße“ zu realisieren.

Herr Bezirksbürgermeister Knabe sagt die Weitergabe der Äußerungen an das Bauamt und das Amt für Verkehr zu. Zu der Radwegmarkierung verweist er auf den heutigen TOP 9.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 1.2 *

1.3 Das Antwortschreiben zum Fragenkatalog von Herrn Jörg Wedde, Huchzermeierstraße 8 a, 33611 Bielefeld, hinsichtlich der geplanten Bebauung „Marktplatz Schildesche“ ist den Mitgliedern der Bezirksvertretung per Email übermittelt worden.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 1.3 *

1.4 Das Antwortschreiben an Herrn Thomas Lenzen, Schäferstraße 21, 33611 Bielefeld, zur Verkehrsproblematik in der „Schäferstraße“ ist ebenfalls per Email an die Mitglieder der Bezirksvertretung versandt worden.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 1.4 *

1.5 Die Antworten zu den von Herrn Claus Gießelmann, Beckhausstraße 196, 33611 Bielefeld geäußerten Fragen, Bedenken und Anregungen zur Marktplatzbebauung Schildesche sind den Mitgliedern der Bezirksvertretung per Email zur Kenntnis gegeben worden.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 1.5 *

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 17. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 12.05.2016

Frau Kleinekathöfer (SPD) weist darauf hin, dass unter **TOP 5.2** bei den Einzel-Beschlüssen (Seite 9) bei der 4. Abstimmung der **Zusatz**

Gleichzeitig ist der Neubau eines Feuerwehr-Gerätehauses für die „Löschabteilung Schildesche“ zu berücksichtigen.

nicht protokolliert wurde. Die Niederschrift ist entsprechend zu **ergänzen**.

Herr Wasyliw (CDU) teilt zu **TOP 6** mit, dass die **5. Äußerung** (Seite 11) der falschen Person zugeordnet wurde. Da die richtige Zuordnung nicht mehr möglich ist, soll die Aussage **gestrichen** werden.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche vom 12.05.2016 (Ifd. Nr. 17) wird, unter Berücksichtigung der vorgenannten Ergänzung und Streichung, nach Form und Inhalt genehmigt.

**16 St. dafür
1 St. Enthaltung
- mithin beschlossen -**

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 2 *

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Herr Hansen macht folgende Mitteilungen:

3.1 Aufgrund von Arbeiten an der Fernwärme-Leitung wird die „Schmalenbachstraße“ abschnittsweise zwischen der „Rappoldstraße“ und der „Engersche Straße“ vom 06. bis zum 23.06.2016 voll gesperrt.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 3.1 *

3.2 Mit der Einladung zur Sitzung ist den Mitgliedern der Bezirksvertretung der Antrag der Musik- und Kunstschule auf eine Schließdienst-Erweiterung in der „Bültmannshofschule“ zugestellt worden. Die Schulkonferenz unterstützt das Anliegen

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 3.2 *

3.3 Auf die Auftakt-Veranstaltung „Stadtradeln“ am **Sonntag, 12. Juni, 14.00 Uhr**, vom Kirchplatz an der „Stiftskirche“ zum „Nordpark“ unter Führung von Herrn Bezirksbürgermeister Knabe wird erneut hingewiesen. Er bittet im Interesse des Stadtteils um rege Teilnahme.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 3.3 *

3.4 Mit der Einladung wurde die 8. Ausgabe des Newsletter „Bielefeld integriert“ an die Mitglieder der Bezirksvertretung versandt.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 3.4 *

3.5 Die Ausschreibung für den Straßenbau in der „Sudbrackstraße“ zwischen „Am Meierteich“ und der „Lange Straße“ sowie für den Bau von 2 zusätzlichen Gehweg-Überfahrten außerhalb des Voll-Ausbaus ist erfolgt. Die Ausführung der Arbeiten ist für Mitte August vorgesehen. Die Bauzeit beträgt ca. 2 Monate.

Wortmeldung zur Mitteilung:

Frau Kleinekathöfer (SPD) bittet darum, auch den Radwege-Bau bei dieser Maßnahme zu berücksichtigen.

Herr Hansen sagt die Weitergabe der Anregung an das Fachamt zu.

Herr Krüger (CDU) weist darauf hin, dass die Parkplatzfrage hier noch nicht geklärt ist und eine Darlegung bislang nicht erfolgte.

Eine ergänzende Nachfrage von Herrn Godejohann (Bündnis 90/ Die Grünen) dazu wird von Herrn Spree (660.21, Nahmobilitätsbeauftragter) beantwortet.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 3.5 *

3.6 Ab sofort kann der Grundstücksmarkt-Bericht 2016 unter www.boris.nrw.de kostenfrei abgerufen werden.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 3.6 *

Zu Punkt 4

Anfragen

Die fristgerecht gestellte Anfrage wird unter TOP 4.1 beantwortet.

Die weiteren Anfragen werden unter TOP 4.2 bis 4.4 aufgeführt.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 4 *

4.2 Herr Wasyliw (CDU) weist auf die Mitteilung vom 19.11.2015 hin, nach der am Stiftskirchplatz („An der Stiftskirche 9 / 11“) ein Berg-Ahorn gefällt werden sollte. Nach positiver Standort-Prüfung ist eine Ersatzbaum-Pflanzung an der gleichen Stelle vorgesehen.

Herr Wasyliw bittet um Mitteilung zum Sachstand.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 4.2 *

4.3 Herr Wasyliw (CDU) erinnert an den einstimmig gefassten Beschluss der Bezirksvertretung vom 18.02.2016 wonach die aufgelisteten Lösungsvorschläge der Interessengemeinschaft „Lärminderung Am Rottmannshof“ von der Verwaltung in Kooperation mit „MoBiel“ geprüft und die ermittelten Einzel-Kosten vorgestellt werden sollen.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 4.3 *

4.4 Die als Tischvorlage eingereichte gemeinsame Anfrage der SPD- und der CDU-Fraktion zum zukünftigen Wechsel in der Küche der KiTa „Huchzermeierstraße“ soll in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 4.4 *

-.-.-

Zu Punkt 4.1 Mögliche Auswirkungen in den Bürgerberatungsstellen aufgrund eingeschränkter Öffnungszeiten

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3304/2014-2020

Herr Hansen teilt mit:

4.1 Zu den Fragen der Fraktion DIE LINKE nach möglichen Auswirkungen in den Bürgerberatungsstellen aufgrund eingeschränkter Öffnungszeiten nimmt das Bürgeramt wie folgt Stellung:

Zu 1. Das geänderte Öffnungszeiten-Modell ist vom Oberbürgermeister (OB) im Rahmen seiner Organisationshoheit verfügt worden. Die Überprüfung der Maßnahmen erfolgt ebenfalls im Rahmen der Organisationshoheit des Oberbürgermeisters. Es bedarf dazu keines Beschlusses eines Gremiums.

Zu 2. Die Organisationsverfügung des OB ist das Ergebnis einer ausführlichen Organisationsuntersuchung unter Beteiligung des Geschäftsbereichs „Organisation“. In die Untersuchung sind sowohl programmtechnische Auswertungen als auch manuelle Erfassungen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeflossen. Diese manuellen Erfassungen wurden in einem begrenzten Zeitraum erhoben und auf Jahres-Werte hochgerechnet. „Auftraggeber“ der Evaluation ist der OB. Das genaue „Untersuchungsdesign“ wird in der zweiten

Jahreshälfte mit dem Geschäftsbereich „Organisation“ als fachberatende Organisationseinheit abgestimmt.

Zu 3. Wie zuvor ausgeführt werden die statistischen Erhebungen im Rahmen einer Evaluation selbstverständlich auch die Filialen mit einbeziehen. Unabhängig von der Inanspruchnahme bleibt es bei Filialen, die mit nur einer Person besetzt sind, aber bei der Aussage, dass im konkreten Einzelfall die tatsächliche Wartezeit nicht planbar sein kann. Wenn von diesem einen Mitarbeiter / einer Mitarbeiterin zufällig gerade ein Kunde mit einem zeitintensiven Anliegen bedient wird, warten die nachfolgenden Kunden entsprechend lange. Dieses grundsätzliche Problem von 1-Personen-Filialen lässt sich auch mit längeren Öffnungszeiten nicht lösen.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 4.1 - Drucksache 3304/2014-2020 *

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Der fristgerecht schriftlich gestellte Antrag wird im Rahmen des TOP 5.1 beraten.

Der als Tischvorlage verteilte Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache 3325/2014-2020) wird in der nächsten Sitzung beraten.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 5 *

-.-.-

Zu Punkt 5.1

Änderungsantrag zur Vorlage "Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit Freien Trägern für den Zeitraum 2017-2019"

Drucksachen-Nr. 3135/2014-2020

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3303/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Knabe erklärt, dass aufgrund des sachlichen Zusammenhangs über den Antrag im Rahmen des heutigen TOP 10 entschieden werden soll.

Die Bezirksvertretung erklärt sich einverstanden.

Zu Punkt 6

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/2/19.05 "Wohnen an der Stiftsfreiheit" für das Gebiet westlich der „Stiftsfreiheit“, nördlich der „Westerfeldstraße“ und östlich der Straße „Erdsiek“ als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB
- Stadtbezirk Schildesche -

- Beschluss über Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3083/2014-2020

Frau Geppert (600.42, verbindliche Bauleitplanung) weist auf die redaktionellen Änderungen hin, die jedoch die Grundzüge der Planung nicht berühren und keine erneute Offenlage erforderlich machen.

Herr Prof. Dr. Sauer (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob Flächen für die Trasse einer eventuellen Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 freigehalten werden.

Frau Geppert weist hinsichtlich einer Realisierung auf die Zuständigkeit des Amtes für Verkehr hin.

Herr Wasyliw (CDU) verweist auf das „Konzept 2030“ von „moBiel“.

Herr Dr. Hawerkamp (DIE LINKE) fragt warum von den in der Vorlage genannten 12 Wohnungen (S. 5) nur 11 genehmigt wurden.

Frau Geppert teilt mit, dass die Möglichkeiten des Angebotsplanes vom Antragsteller hier nicht voll ausgeschöpft wurden.

Sodann fasst die Bezirksvertretung den

Beschluss:

- 1. Die Äußerungen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) Baugesetzbuch (BauGB) werden gemäß Anlage A.1 der Vorlage zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange im Rahmen**

der Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB werden gemäß Anlage A.2.2a der Vorlage zurückgewiesen (Ifd. Nrn. 1 – 2) und teilweise entsprochen (Ifd. Nr. 3). Aufgrund der Stellungnahme der „moBiel GmbH“ (Ifd. Nr. 3) wird die Begründung zum Bebauungsplan redaktionell ergänzt.

3. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen und Ergänzungen der Planunterlagen werden gemäß Anlage A.2.2b der Vorlage beschlossen (Ifd. Nrn. 4, 6, 7, 9, 10). Die sonstigen Informationen der Verwaltung (Ifd. Nrn. 5, 8, 11) werden gemäß Anlage A.2.2b zur Kenntnis genommen.
4. Der Bebauungsplan Nr. II/2/19.05 „Wohnen an der Stiftsfreiheit“ für das Gebiet westlich der „Stiftsfreiheit“, nördlich der „Westerfeldstraße“ und östlich der Straße „Erdsiek“ wird als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.
5. Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. II/2/19.05 „Wohnen an der Stiftsfreiheit“ mit ihren Bestandteilen wird gebilligt.
6. Der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. II/2/19.05 „Wohnen an der Stiftsfreiheit“ ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 6 - Drucksache
3083/2014-2020 *

-.-.-

Zu Punkt 7

**Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/ 2/ 19.06
"Apfelstraße Ecke Westerfeldstraße" für das Gebiet südlich der
„Westerfeldstraße“, westlich der „Apfelstraße“, nördlich der
Straße „An der Reegt“ sowie östlich eines Fuß- und
Radweges als Bebauungsplan der Innenentwicklung im
beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB**

- Stadtbezirk Schildesche -

Beschluss über Stellungnahmen

Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3223/2014-2020

Frau Geppert (600.42, verbindliche Bauleitplanung) informiert über den

Sachstand.

Herr Winkler (Enderweit + Partner) erläutert die Präsentation und geht auf die redaktionellen Änderungen bzw. Ergänzungen nach der Offenlage näher ein.

Herr Godejohann (Bündnis 90/Die Grünen) äußert arge Bedenken hinsichtlich der nicht möglichen Erdgeschoss-Nutzung zu Wohnzwecken auf der Fläche der Alt-Deponie. Die „Braker Geschichte“ sollte mahnendes Beispiel sein.

Auch Herr Wasyliw (CDU) weist auf die Altlasten (S. 6 u. 7) und das dadurch bedingte, erhöhte Gefährdungspotential (unabhängig von dem bebauten Grundstücksteil „Verse“) hin. Zudem thematisiert er die Erhöhung der Grundflächenzahl (GRZ) auf Seite A 6 Nr. 2 und teilt mit, dem Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen.

Frau Geppert erläutert, dass die Erhöhung der GRZ eine städtebauliche Entscheidung war.

Herr Winkler macht hinsichtlich der Alt-Deponie Aussagen zum Gutachten als Teil des Verfahrens, zur erfolgten Abstimmung mit dem Umweltamt und der Erforderlichkeit eines erneuten Gutachtens bei einer Bebauung zu Wohnzwecken, um die Nutzungsverträglichkeit nachzuweisen.

Frau Kleinekathöfer (SPD) hatte zunächst Bedenken, signalisiert nunmehr aber Zustimmung zur Vorlage.

Herr Krüger (CDU) hält es bei einer Zuwegung der bisher noch unbebauten Fläche zur „Westerfeldstraße“ für erforderlich lediglich Rechtsabbiegen zu ermöglichen um den bereits existierenden Stau-Bereich nicht noch mehr zu belasten. Darüber hinaus fragt er nach dem Ersatz für verlorenes Gewerbegebiet.

Frau Geppert teilt mit, dass die Frage der Erschließung und Verkehrslenkung bzw. Beschilderung erst nach Kenntnis einer konkreten Planung und Vorlage eines Bauantrages durch das Amt für Verkehr zu beantworten ist. Die Gewerbefläche an dieser Stelle entfällt; die derzeitige Ermittlung von Gewerbeflächen-Bedarf und -Verfügbarkeit für das gesamte Stadtgebiet ist beauftragt, jedoch noch nicht abgeschlossen.

Sodann fasst die Bezirksvertretung den

Beschluss:

- 1. Der Stellungnahme aus der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) Baugesetzbuch (BauGB) wird gemäß der Anlage A1, Ziffer I Nr. 2 der Vorlage teilweise stattgegeben. Die übrigen Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen.**

2. Die Stellungnahmen aus der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB werden gemäß der Anlage A2.1 der Vorlage zur Kenntnis genommen und die redaktionellen Änderungen in der Begründung beschlossen.
3. Die Stellungnahme der „moBiel GmbH“ aus der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB wird gemäß der Anlage A2.1, Nr. 2.13 der Vorlage teilweise zurückgewiesen.
4. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen und Ergänzungen der Planunterlagen werden gemäß der Anlage A2.2 der Vorlage beschlossen.
5. Der Bebauungsplan Nr. II/2/19.06 „Apfelstraße Ecke Westerfeldstraße“ wird mit dem Text und der Begründung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
6. Die Information der Verwaltung über die Anpassung des Flächennutzungsplanes auf dem Wege der Berichtigung gemäß § 13 a BauGB (beabsichtigte Berichtigung Nr. 2/2015 „Gemischte Baufläche Apfelstraße / Ecke Westerfeldstraße“) wird gemäß Anlage D der Vorlage zur Kenntnis genommen.
7. Der Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung ist gemäß § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt zu machen und mit der Begründung zu jedermann Einsicht bereit zu halten.

1 St. Enthaltung
4 St. dagegen
12 St. dafür
- mithin beschlossen -

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache
3223/2014-2020 *

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht zur Unfallsituation 2015 und der Beratung der Unfallkommission 2016-I

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3227/2014-2020

Frau Korthase (660.24, Verkehrsangelegenheiten) geht speziell auf die beiden Schildescher Unfallstellen ein.

Zur Frage von Herrn Bezirksbürgermeister Knabe nach dem Erfordernis 2 Fußgänger-Überwege auf der Straße „An der Reegt“ einrichten zu

wollen teilt sie mit, dass sich nach Prüfung der Fußgänger-Frequentierung 2 relativ nahe beieinander liegende und entsprechend gleichstarke Ströme feststellen ließen. Eine Bündelung der Ströme ist nicht zielführend.

Herr Wasyliw stellt die Frage wer „Herr des Verfahrens“ ist (Unfall-Kommission oder Bezirksvertretung). Er erinnert an die Bürgereingabe vom 18.02.2016 (Drucksache 2752/2014-2020) und den bis heute nicht erledigten Prüfauftrag. Da die beiden Überwege in einem Abstand von weniger als 100 m eingerichtet werden sollen und der Einsatz von Gelenk-Bussen an der Haltestelle üblich ist, bittet er die Verwaltung um eine detaillierte Vorstellung der Maßnahme in der Bezirksvertretung.

Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 8 - Drucksache
3227/2014-2020 *

-.-.-

Zu Punkt 9

„Beckhausstraße“ zwischen „Heidegärten“ und „Westerfeldstraße“

hier: Anlage von Radverkehrsanlagen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3119/2014-2020

Herr Godejohann (Bündnis 90/Die Grünen) geht auf die Konfliktlage bei den Interessen Parkplätze / Radweg ein. Dieser Radweg ist Bestandteil des Haupttruten-Netzes und die Markierung ein geeignetes Mittel der Kenntlichmachung. Parkplätze stehen in nächster Nähe in diesem Straßenbereich zur Verfügung. Wegen dem übergeordneten Interesse der Radfahrer stellt er deshalb den Antrag, beidseitig einen Schutzstreifen herzustellen.

Frau Kleinekathöfer (SPD) hält die Park-Situation zur Zeit schon für angespannt, spricht sich gegen die Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt aus und wird dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Frau Dederling (BfB) bezeichnet die Anzahl der Radfahrer in diesem Bereich aufgrund persönlicher Erfahrung als überschaubar. Auch wegen der geplanten Bebauung des Marktplatzes besteht Park-Not. In Ermangelung von Alternativen stimmt sie der Vorlage nicht zu.

Herr Krüger (CDU) signalisiert Ablehnung des Vorschlages.

Herr Dr. Hawerkamp (DIE LINKE) weist auf das Ausschwenken von Radfahrern bei Bergauf-Fahrten und die Geschwindigkeit bei Bergab-Fahrten hin. Nach Klärung der Details wünscht er eine erneute

Vorstellung der Planung in der Bezirksvertretung.

Herr Godejohann thematisiert Bielefeld als fahrradfreundliche Stadt und mahnt die Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer an.

Frau Dederling weist auf eine Gehweg- / Radweg-beschilderung ab der Straße „Am Vorwerk“ hin.

Herr Spree (660.21, Nahmobilitätsbeauftragter) geht auf die Themen „unterschiedliche Radfahrer-Gruppen, Gültigkeit der Beschilderung und ihres Abbaus, Stand der Technik“ näher ein.

Herr Röwekamp (CDU) schildert ein persönliches Erlebnis mit einem Radfahrer.

Herr Prof. Dr. Sauer übernimmt für die Dauer von 5 Minuten die Leitung der Sitzung.

Herr Bezirksbürgermeister Knabe geht auf das Sicherheit vermittelnde Gefühl eines Schutzstreifens ein. Da eine Tempo-Reduzierung im unteren Bereich der Straße nicht möglich und die Unfall-Häufigkeit unauffällig ist, sollte dieser Straßenabschnitt bleiben wie er ist. Bei Bedarf ist ein Nachjustieren zu einem späteren Zeitpunkt immer möglich.

Zunächst wird über den Antrag von Herrn Godejohann abgestimmt mit dem Ergebnis:

4 St. dafür
13 St. dagegen
- mithin abgelehnt -

Sodann fasst die Bezirksvertretung den

Beschluss:

Der Herstellung einseitiger Schutzstreifen für den Radverkehr, entsprechend der der Vorlage beiliegenden Planunterlagen (Anlage 2.1 bis 2.5), wird zugestimmt.

4 St. Enthaltung
13 St. dagegen
- mithin abgelehnt -

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 9 - Drucksache
3119/2014-2020 *

-.-.-

Zu Punkt 10

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit Freien Trägern für den Zeitraum 2017 – 2019

2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3135/2014-2020

Frau Duffert (510.11, Jugendhilfeplanung) erläutert den Sachstand und geht auf die Vorschläge zum Stadtteil Schildesche ein. Die Frage von Frau Kleinekathöfer (SPD) ob bei einer Zusammenlegung Standorte aufgegeben werden müssen verneint sie.

Herr Weber (CDU) hält die Vorlage gesamtstädtisch für falsch, weil keine politische Beteiligung gegeben ist. Zudem bedeute sie einen Wechsel ins Ungewisse. Insofern ist sie abzulehnen. Bezogen auf den Stadtteil signalisiert er Enthaltung. Den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE lehnt er ab.

Frau Bernert (DIE LINKE) begründet den Änderungsantrag zur Beschlussvorlage.

Frau Kleinekathöfer (SPD) befürwortet die Forderung nach tariflicher Lohnerhöhung, hält jedoch die Steigerungen der Sachkosten für nicht leistbar.

Zunächst fasst die Bezirksvertretung zum **Änderungsantrag** der Fraktion DIE LINKE den

B e s c h l u s s:

Bei den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sollen den Freien Trägern künftig die tariflich vereinbarten Personalkosten-Erhöhungen sowie die Sachkosten-Steigerungen wieder erstattet werden. Deshalb wird der Punkt 9 der Verwaltungsvorlage (Leistungsminderungs-Klausel) ersatzlos gestrichen. Zudem wird der Rat der Stadt aufgefordert, den Beschluss zur Deckelung der Kostenerstattung aufzuheben.

**2 St. dafür
15 St. dagegen
- mithin abgelehnt -**

Anschließend wird über den **Inhalt der Verwaltungsvorlage, bezogen auf den Stadtteil**, wie folgt abgestimmt:

**11 St. dafür
6 St. Enthaltung
- mithin beschlossen -**

Sodann fasst die Bezirksvertretung den

Beschluss:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat der Stadt zu beschließen:

- 1. Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit den Trägern der Jugendhilfe und der sozialen Arbeit werden in den Jahren 2017 - 2019 weitergeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, das System in dialogischen Verfahren wirkungsorientiert weiter zu entwickeln und gemeinsam mit den Trägern fachlich gebotene Veränderungen vorzubereiten und gegebenenfalls den zuständigen Gremien vorzulegen.**
- 2. Der in der Anlage 1 der Vorlage beigefügte Bericht und die dort dargelegten Handlungsempfehlungen dienen als Grundlage für die Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen in der Vertragsperiode 2017 - 2019 und werden zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 3. Für den Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) werden in der Vertragsperiode 2017 - 2019 folgende Angebotsverlagerungen/-anpassungen weiterverfolgt:**
 - o Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Trägerverein der Ev. Offenen und Mobilen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen e.V. und dem AWO Kreisverband e.V. über eine Neuausrichtung ihrer Angebote zu verhandeln (siehe Anlage 1 der Vorlage unter Ziffer 4.2.1., Seite 9 ff). Über das Ergebnis ist in den zuständigen Gremien zu berichten.**
 - o Den Überlegungen zur Weiterentwicklung des HOT Zefi und dem angedachten Trägerwechsel vom Verband der Ev. Kirchengemeinden in Brackwede zum Diakonieverband Brackwede wird zugestimmt**
 - o Die 0,5 Fachkraftstelle der Stadtteileinrichtung Moenkamp wird an die Stadtteileinrichtung Helli angegliedert. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation wird der Standort Moenkamp zunächst weiter geführt.**

Die Umsetzung etwaiger Maßnahmen erfolgt haushaltsneutral.

- 4. Für den Bereich der Seniorenarbeit wird die Verwaltung beauftragt,**
 - o in der Vertragsperiode 2017 - 2019 mit den Beteiligten auf einen wirkungsorientierten Ressourceneinsatz unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf sozialräumliche**

/regionale Umsetzungsprozesse hinzuwirken.

- o für alle Begegnungs- und Servicezentren Kernaktivitäten zu definieren und gemeinsame Ziele, Eckpunkte und Qualitätsstandards abzustimmen. Das weiter entwickelte Konzept soll dabei die vorhandenen Ressourcen und die Besonderheit des Sozialraums berücksichtigen.**
- o das Berichtswesen (siehe Anlage 1 der Vorlage unter Ziffer 8., Seite 16) indikatorengestützt mit dem Blick auf Kernaktivitäten, Struktur, Prozesse und Ergebnis der Seniorenarbeit der Begegnungs- und Servicezentren weiterzuentwickeln.**

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aktivitäten zur Einrichtung von niedrigschwelligen Stadtteilzentren mit einer Öffnung der Häuser für unterschiedliche Zielgruppen in den ausgewählten Quartieren weiterzuentwickeln bzw. zu initiieren. Dies betrifft insbesondere die Einrichtungen Freizeitzentren Baumheide und Stieghorst, das Eva-Gahbler-Haus in Sieker, das Jugendzentrum Niedermühlenkamp in Mitte, das LUNA in Sennestadt und das HOT Zefi in Senne. Außerdem sind entsprechende Überlegungen

für die Heeper Fichten und Brackwede und Jöllenbeck weiterzuverfolgen. Über den Stand der Umsetzung ist in den zuständigen politischen Fachausschüssen regelmäßig ab dem 2. Quartal 2017 zu berichten.

6. Mit Mitteln der Jugendhilfe finanzierte Schulsozialarbeit ist vorrangig zur Unterstützung benachteiligter Schülerinnen und Schüler zunächst an Förder- und Hauptschulen einzusetzen. Wenn alle Förder- und Hauptschulen mit Schulsozialarbeit versorgt sind, können frei werdende Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter den Schülerströmen folgen und an anderen Schulen, z.B. an Realschulen, eingesetzt werden.

7. Die Verwaltung wird mit der Entwicklung eines gesamtstädtischen Konzeptes zur Schulsozialarbeit unter besonderer Berücksichtigung gelingender Übergänge beauftragt. Über die Umsetzung ist in den zuständigen politischen Fachausschüssen im 2. Quartal 2017 zu berichten.

8. Das Finanz- und Fachcontrolling ist im Hinblick auf die Zielsetzung und Methodik weiter zu entwickeln. Die Kombination aus Zielworkshops, Wirksamkeitsdialogen und regelmäßigen Berichten an die Fachgremien als Kernkomponenten des Fachcontrollings wird zunächst in den Pilotbereichen OKJA,

Seniorenarbeit, Frauen und Mädchen sowie Menschen mit chronischer Erkrankung (Sucht) erprobt und nach positiver Evaluation sukzessive ausgeweitet.

9. In den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen werden eine

„Leistungsminderungsklausel“ und Regelungen für eine evtl. Veränderung während der Vertragslaufzeit aufgenommen.

10. Die unterschiedliche Finanzierung von Angeboten der freien Träger durch Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zum

einen und Zuschüsse zum anderen wird in der Vertragsperiode 2017 - 2019 harmonisiert. Die in Anlage 2 der Vorlage dargestellten zuschussfinanzierten Angebote und Leistungen werden in das System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen überführt.

11. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der Leistungen

nach § 16 a SGB II in ein wirkungsorientiertes, entgeltfinanziertes System zu überführen. Die entsprechenden Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sind dem folgend anzupassen. Über die Umsetzung ist in den zuständigen politischen Fachausschüssen im 2. Quartal 2017 zu berichten.

12. Die Mittel der sogenannten linearen Umverteilung im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden mit Beginn der neuen Vertragsperiode in das System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen integriert. Die bisherigen Umverteilungsbeträge sind prozentual entsprechend der Aufteilung der jeweiligen Vertragssumme den Personal- und Sachkostenanteilen zuzuordnen.

**10 St. dafür
7 St. dagegen
- mithin beschlossen -**

*** BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 10 - Drucksachen 3303/2014-2020,3135/2014-2020 und 3135/2014-2020/1 ***

-.-.-

Zu Punkt 11

Hamfeldschule:

Zusammenlegung des Teilstandorts „Kupferhammer“ mit dem Hauptstandort

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2961/2014-2020

Herr Müller (400, Amtsleiter) erläutert die Ausgangssituation und den derzeitigen Sachstand.

Herr Prof. Dr. Sauer (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob die Netzwerke der Schulen erhalten bleiben.

Frau Berndt-Schmidt (400.24, Schulleiterin) bejaht das.

Herr Godejohann (Bündnis 90/Die Grünen) hält den Abbau der Schulform für kritisch.

Herr Müller teilt mit, dass sich die übrigen Gremien einstimmig für die Vorlage entschieden haben. Zudem sind die Förder-Schwerpunkte unterschiedlich betroffen.

Beschluss:

Der Schulbetrieb der „Hamfeldschule“, Förderschule Primar- und Sek. I-Stufe mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache, Emotionale und Soziale Entwicklung, wird ab Schuljahr 2016/17 am Haupt-Standort, Hamfeldstraße 10, Bielefeld-Schildesche, konzentriert. Der Teil-Standort von-Möller-Straße 54, Bielefeld-Brackwede, wird aufgrund rückläufiger Schülerzahlen aufgegeben und das Gebäude anderen schulischen Nutzungen zugeführt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 11 - Drucksache
2961/2014-2020 *

-.-.-

Zu Punkt 12

Bericht zur verbindlichen Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2015 bis 2017

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1576/2014-2020

Frau Bueren (540, Altenhilfeplanung) erläutert die Präsentation und verteilt die überarbeitete und bis 2018 reichende Bedarfsplanung als Tischvorlage.

Herr Weber (CDU) bringt zum Ausdruck, dass wenn man in allen gesellschaftsrelevanten Bereichen so gut aufgestellt wäre wie im Bereich „Bedarf Pflegeplätze“, würde Bielefeld besser dastehen.

Herr Bezirksbürgermeister Knabe dankt Frau Bueren für den gelungenen Vortrag.

Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 12 – Drucksache
1576/2014-2020 *

-.-.-

Zu Punkt 13

Neuanlage von Partnergrabstätten auf dem „Friedhof Schildesche“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2953/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Knabe teilt mit, dass diese Partner-Grabstätten (Wahl-Grabstätten) die auf dem Friedhof „Schildesche“ bereits vorhandenen Rasen-Reihengrabstätten für Erdbestattungen ergänzen sollen.

Beschluss:

Der Erweiterung des Grabstätten-Angebotes auf dem Friedhof „Schildesche“ um Partner-Grabstätten als pflegefreie Grab-Art wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 13 – Drucksache
2953/2014-2020 *

-.-.-

Zu Punkt 14

Friedhofsbedarfsplanung und Kapellenkonzept

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3012/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Knabe und Herr Hansen teilen mit, dass die Friedhofsbedarfsplanung keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Stadtbezirk mit den Friedhöfen „Schildesche“ und „Sudbrack“ hat. Das ist dem Umstand geschuldet, dass der ermittelte Überschuss für diesen Stadtbezirk gering ist und lediglich zwischen 7.000 m² bis ca. 1,7 ha beträgt. Es sind keine Maßnahmen zum Abbau der geringen Flächen-Überschüsse geplant. Die Neu-Vergabe von Grabstätten soll weiterhin

uneingeschränkt möglich sein.

Zum Kapellenkonzept gibt er bekannt, dass beide Kapellen (im Hinblick auf Nutzungen und Kosten) vergleichsweise gut dastehen. Die Kapelle auf dem Friedhof „Sudbrack“ ist die einzige die aktuell wirtschaftlich betrieben werden kann. Beide Kapellen sollen daher erhalten und (weiter) entwickelt, die Attraktivität der Räumlichkeiten für die Nutzer/-innen gesteigert werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung empfiehlt für ihren Zuständigkeitsbereich dem Rat der Stadt das der Vorlage beigefügte Konzept zur Friedhofsbedarfsplanung und das vorgelegte Kapellenkonzept für die künftige Bewirtschaftung der kommunalen Friedhöfe zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 14 – Drucksache
3012/2014-2020 *

-.-.-

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen **- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Herr Hansen teilt mit:

15.1 Hinsichtlich der Einrichtung einer Querungshilfe auf der Straße „**An der Reegt**“ hat das Amt für Verkehr die Örtlichkeiten eingehend geprüft und die Unfall-Situationen berücksichtigt. Danach ist das Fachamt zu dem Ergebnis gekommen, dass in dem Bereich Fußgänger-Überwege sinnvoll sind (s. a. Informationsvorlage 3227/2014-2020, Bericht der Unfallkommission). Die Arbeiten werden voraussichtlich im Zuge der Decken-Sanierung 2017 mit ausgeführt.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 15.1 *

Herr Jücker (230.3, technischer Betriebsleiter) erläutert

15.2 die Präsentation zur Nutzungsänderung des ehemaligen **Kleinbahnhofs Schildesche** und der damit verbundene Umbau zu 3 Wohnungen in eine Flüchtlingsunterkunft. Er macht Aussagen zum Sachstand und den Unterschieden zwischen einer Nutzung durch Belegung mit Flüchtlingen und einer gewerblichen Nutzung.

Herr Bezirksbürgermeister Knabe schlägt eine Begehung des Erdgeschosses mit Interessenten einer Vereinsnutzung vor der Sitzung der Bezirksvertretung im September vor.

Die Fragen von Herrn Springer (s. TOP 1.1) werden beantwortet.

Herr Krüger (CDU) thematisiert die Sanitäranlagen auf der gegenüber liegenden Seite in der 3. Etage. Zudem fragt er nach Bindungen bei den Nutzungsmöglichkeiten, der Höhe der Bezuschussung (Fördermittel) und dem Bestand des Kanu-Schuppens.

Herr Dr. Hawerkamp (DIE LINKE) fragt nach der Möglichkeit von Zuschüssen für das Denkmal.

Herr Wasyliw (CDU) stellt die Frage nach einem Industrie-Denkmal. Herr Jücker erläutert die Vorgaben der NRW-Bank in Bezug auf Verpflichtung, Ablösung und sozialer Bindung. Er macht Aussagen zur Nutzung des Schuppens durch den Kanu-Verein, der noch nicht erfolgten Denkmal-Förderung und der Kosten-Fortschreibung.

Herr Bezirksbürgermeister Knabe stellt klar, dass die an einer Nutzung interessierten Vereine die Vergabe der Gemeinschafts-Einrichtung ggfs. eigenverantwortlich organisieren müssten. Herr Dieter Springer wird gebeten eine Liste der zu beteiligenden Vereine an das Bezirksamt Jöllenbeck zu senden, damit zu einer Sitzung eingeladen werden kann.

Herr Jücker wird um die Ermittlung und Darstellung der zu erwartenden Mietkosten gebeten.

* BV Schildesche - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 15.2 *

-.-.-

Die Sitzung wird für 8 Minuten (20.00 Uhr bis 20.08 Uhr)
für eine Pause unterbrochen.

Detlef Knabe